

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Wytenbach	<p>Vorlage eines Sachverhalts und Aushändigung eines Auszugs des Gastgewerbegesetzes.</p> <ol style="list-style-type: none">1. Sagen Sie mir, welche Abklärungen und Schritte Sie unternehmen würden, wenn eine Klientin mit dieser Fragestellung in Ihre Kanzlei kommt.2. Was ist vorliegend Verfügungsgrundlage?3. Um was für eine Bewilligung handelt es sich hierbei?4. Was sind die gesetzlichen Grundlagen?5. Handelt es sich vorliegend um eine positive oder negative Verfügung?6. Was ist das Ziel?7. Kommen wir zum Formellen, wie können Sie gegen diese Verfügung vorgehen?8. Ist X formelle oder materielle Verfügungsadressatin?9. Ist die Anordnung Ihrer Meinung nach sofort vollzogen worden?10. Sagen wir, der Regierungsstatthalter hat einer allfälligen Beschwerde gegen seine Verfügung die aufschiebende Wirkung entzogen, darf er dies?11. Wie wirkt ein allfälliges Urteil?12. Wie würde Ihr Rechtsbegehren lauten?13. Kommen wir zum materiellen Teil Ihrer Beschwerdeschrift. Was sind die zulässigen Beschwerdegründe gemäss Art. 66 VRPG. Wie würden Sie hier argumentieren?	<ol style="list-style-type: none">1. Massgebend ist hier die Verfügung des Regierungstatthalters über die Schliessung des Betriebes. Als Erstes würde ich abklären, ob eine Frist einzuhalten ist, d.h. es ist zu ermitteln, wann der Entscheid gefällt worden ist.2. Die Schliessung des Betriebes stützt sich auf das Gastgewerbegesetz. Für das Führen eines solchen Betriebes braucht es eine Bewilligung.3. Die Betriebsbewilligung ist eine typische Polizeibewilligung. Aus sicherheitspolizeilichen Gründen ist dieser Bereich geregelt, man benötigt bestimmte Qualifikationen für die Ausübung.4. Die Betriebsbewilligung ist in Art. 6 des Gastgewerbegesetzes geregelt und die Gründe für die vorübergehende Schliessung befinden sich in Art. 38, namentlich der Grund, wenn das Gastgewerbe nur ungenügend erfüllt wird.5. Es ist eine positive Verfügung, da sich etwas im Rechtsbestand ändert, es wird Verwaltungszwang angewendet.6. Es geht um die nachhaltige Sicherung des ordnungsgemässen Zustands und auch um einen repressiven Ansatz.7. Um zu wissen, wo die Verfügung des Regierungsstatthalters anfechtbar ist, muss man zuerst im Spezialgesetz nachschauen. Art. 48 Gastgewerbegesetz regelt, dass eine solche Verfügung bei der Volkswirtschaftsdirektion anfechtbar ist. Für das Weitere ist das VRPG massgebend. Dieses regelt das Anfechtungsobjekt, in casu eine Verfügung. Die Zuständigkeiten gemäss VRPG würden sich nach Art. 62 lit. b bestimmen. Die Beschwerdebefugnis besagt, dass eine formelle (am vorinstanzlichen Verfahren teilgenommen) und eine materielle Beschwer (besonders berührt, schützenswertes Interesse) gegeben sein müssen.8. Sie ist materielle Verfügungsadressatin, da ihre Rechte und Pflichten davon betroffen sind. Sie hat auch ein aktuelles und praktisches Interesse, da eine Schliessung des Betriebes für 30 Tage erfolgen soll.9. Gemäss Art. 68 Abs. 2 VRPG hat eine Beschwerde aufschiebende Wirkung, daher nein.10. Gemäss Art. 68 Abs. 5 VRPG ist dies aus wichtigen Gründen möglich. Im vorliegenden Fall besteht jedoch kein öffentliches Interesse am sofortigen Entzug. Hier hat X nicht ihre Kernkompetenzen verletzt, wie z.B. den Ausschank von Alkohol an Minderjährige, sondern nur einen Nebenbestand des Betriebes. Es handelt sich lediglich um eine repressive Massnahme, die keinen sofortigen Vollzug erfordert.11. Voll devolutiv.12. Es sei die Verfügung des RGstH vom (Datum) aufzuheben. Dies genügt hier.13. X hat gemäss Sachverhalt illegale Internetwettspiele angeboten. Dies steht nicht im Zusammenhang mit dem Betrieb des Gastgewerbes. Ich würde argumentieren, dass der Verstoß gegen das Lotteriegesetz keine

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Die Schliessung, weil die Aufgaben ungenügend erfüllt worden seien würde ich so begründen:

-Rechtsverletzung: Verletzung des Gastgewerbegesetzes Art. 38

-Unangemessenheit: bzgl. der Länge der Schliessung.

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

--	--	--	--

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	B. Schnell	<ol style="list-style-type: none">1. Ein Beschuldigter ist in Untersuchungshaft, muss er einen Verteidiger haben?2. Zählen sie weitere Fälle notwendiger Verteidigung auf.3. Sie wurden als amtlicher Verteidiger eingesetzt und merken, dass ihr Mandant geistig nicht in der Lage ist, seine Verfahrensinteressen wahrzunehmen und die Tragweite eines Geständnisses einzusehen. Nun hat er schon ohne Verteidiger vor der Polizei, Staatsanwaltschaft und dem ZMG ein Geständnis abgelegt. Was machen Sie?4. Die Staatsanwaltschaft weist Ihren Antrag ab, was machen Sie?5. Falls die BK einen Nichteintretensentscheid erlässt, ist dieser beim BGer anfechtbar?6. Kommen wir zu den Vorschriften zum Beweisrecht in der StPO. Wo ist die Beweisverwertung geregelt?7. Sind alle Vorschriften zwingend oder gibt es da verschiedene Kategorien?8. Wie grenzt man die einfache Gültigkeitsvorschrift von der Ordnungsvorschrift ab?9. Gibt es viele einfache Gültigkeitsvorschriften?10. Noch ein kleiner Fall: Sie sind Staatsanwalt, Ihnen wird mitgeteilt, dass der Beschuldigte, welchen Sie zur Verhaftung ausgeschrieben haben, gestern um 18 Uhr an der Grenze in Chiasso	<ol style="list-style-type: none">1. Gemäss Art. 130 lit. a StPO liegt ein Fall notwendiger Verteidigung vor, sofern die Untersuchungshaft 10 Tage gedauert hat.2. Ablesen von Art. 130 StPO.3. Ich rate ihm, sein Geständnis zu widerrufen. Weiter beantrage ich ein psychiatrisches Gutachten (gemäss BGer reicht ein Psychologe nicht, braucht einen Psychiater) bei der StA oder gebe selber ein solches in Auftrag. Zudem sind seine Aussagen allenfalls nicht verwertbar, weshalb ich den Antrag bei der StA stelle, die Einvernahmeprotokolle seien aus den Akten zu weisen.4. Hierbei handelt es sich um einen negativen Beweisantrag, fraglich ist, ob die Verfügung der StA diesbezüglich mit Beschwerde anfechtbar ist. Eine solche Verfügung ist grundsätzlich nur anfechtbar, wenn der Beweisantrag nicht auch noch ohne Rechtsnachteil vor dem erstinstanzlichen Gericht gestellt werden kann. Es braucht ein rechtlich geschütztes Interesse (Art. 318 Abs. 3 und 394 lit. b StPO). Da das psychiatrische Gutachten noch nicht vorliegt, liegt noch keine liquide Sachlage vor, weshalb die Beschwerdekammer wohl nicht darauf eintreten würde.5. Es handelt sich hierbei um einen Zwischenentscheid. Gemäss Art. 93 BGG muss ein nichtwiedergutzumachender Nachteil vorliegen oder sofort ein Endentscheid ergehen können. Nach BGer reicht nicht irgendein Nachteil, sondern es muss ein rechtlich geschütztes Interesse vorliegen. In diesem Fall würde das BGer einen Nichteintretensentscheid fällen.6. Diese sind in Art. 139 ff. StPO geregelt. Die Grundsätze befinden sich in Art. 139, Art. 140 regelt die verbotenen Beweiserhebungsmethoden, Art. 141 die Verwertbarkeit.7. Es gibt qualifizierte Gültigkeitsvorschriften, welche eine absolute Unverwertbarkeit vorsehen, z.B. Art. 140 StPO und Art. 158 StPO. Es gibt auch einfache Gültigkeitsvorschriften, welche eine relative Unverwertbarkeit vorsehen, d.h. das Beweismittel ist nur benutzbar, wenn es sich um eine schwere Straftat handelt. Gemäss BGer fallen sicher Verbrechen darunter. Weiter gibt es Ordnungsvorschriften, z.B. die Einhaltung einer Frist zur Vorladung.8. Hier ist auf den Einzelfall abzustellen und eine Abwägung zwischen den Interessen auf Strafverfolgung und jenen des Beschuldigten vorzunehmen.9. Nein, Schmid z.B. sagt, die Belehrung bei der Einvernahme der Auskunftsperson sei eine solche, das BGer hat dies noch offengelassen. Es wird an der Praxis sein, solche zu bestimmen.10. Ich muss innert 48 Stunden seit der Verhaftung einen Antrag ans ZMG stellen. Bei einem negativen Entscheid des ZMG habe ich dann gemäss BGer 3 Stunden Zeit, um Beschwerde bei der Beschwerdekammer des Oger zu erheben. Dabei habe ich zwei Anträge zu stellen, einerseits die aufschiebende Wirkung beantragen und andererseits einen Antrag um superprovisorische

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Zeit müssen Sie was vorkehren?

11. Kann die Privatkügerschaft Akteineinsicht verlangen, insbesondere in die Akten des Haftverfahrens?
12. Muss die Staatsanwaltschaft im Haftverfahren Einsicht in alle Akten gewähren?

rechtliche Gehör erst nachträglich gewährt wird. Die Legitimation der StA zur Haftbeschwerde ist nicht in der StPO geregelt, ergibt sich aber aus der BGer-Rechtsprechung.

11. Die Privatkügerschaft ist nicht Partei im Haftverfahren und kann den ZMG-Entscheid nicht anfechten. Sie hat aber ein Recht auf Akteneinsicht.
12. Die StA kann die zur Einsicht gegebenen Akten beschränken. Sie muss jedoch diejenigen Akten vorlegen, welche sie für ihren Haftantrag benötigt.

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

--	--	--	--

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	D. Bähler	<p>Sie erhalten einen Sachverhalt. Es handelt sich um ein Ehepaar, welches sich im Jahr 2005 scheiden liess. Sie haben einen gemeinsamen 17-jährigen Sohn, welcher im gegenseitigen Einverständnis eine Privatschule besucht. Die Frau hat sich wiederverheiratet. Nun besteht die Frage einer allfälligen Erhöhung des Unterhaltsbeitrages, um die Schulkosten zu decken.</p> <ol style="list-style-type: none">1. Was überlegen Sie sich als Anwalt?2. Um was für eine Rechtsschrift handelt es sich hierbei?3. Bei welchem Gericht?4. Könnte Sie auch in Bern klagen, wo die Scheidung damals stattfand?5. Wer ist im Rubrum als Kläger aufgeführt?6. Kann die Ehefrau in eigenem Namen klagen?7. Können rückwirkend Unterhaltsbeiträge eingefordert werden?8. Wie wäre die Lage, wenn die Eltern nie verheiratet gewesen wären?9. Welche Verfahrensgrundsätze finden Anwendung?10. Welche Grundsätze gibt es für die Sachverhaltsfeststellung generell?11. Was besagen die Official- und die Dispositionsmaxime?12. Wie wäre das Verfahren, wenn das Kind 18-jährig ist und die Eltern verheiratet waren?13. Wie verhält es sich mit der Rückwirkung, wo das Kind noch nicht volljährig war, wer muss dies einklagen?14. Wer muss einspringen, wenn das Kind nicht genügend Geld hat, um den Vorschuss an das Gericht zu zahlen?	<ol style="list-style-type: none">1. Ich prüfe, ob man das Scheidungsurteil nach Art. 248 ZPO abändern könnte.2. Um eine Klage ohne schriftliche Begründung, die direkt beim Gericht, d.h. ohne vorgängiges Schlichtungsverfahren eingereicht werden kann.3. Grundsätzlich besteht der Gerichtsstand nach Art. 10 ZPO am Wohnsitz des Beklagten. Hier besteht im Familienrecht jedoch noch ein Gerichtsstand nach Art. 23 ZPO am Wohnsitz einer Partei, d.h. die Klägerin kann wählen, ob sie im Kanton AG oder in Biel klagen will.4. Nein, es gibt keinen Gerichtsstand des ehemaligen Scheidungsortes.5. Es geht um den Unterhaltsbeitrag des Sohnes, dieser ist als Kläger aufzuführen, aber da er noch nicht volljährig ist, ist die Mutter aufzuführen „in Ausübung ihrer elterlichen Sorge“.6. Gemäss BGer ist eine Prozessstandschaft zulässig, d.h. ein fremdes Recht in eigenem Namen geltend machen.7. Diese können bis 1 Jahr zurück gefordert werden. Hierbei handelt es sich um einen materiellen Anspruch, das BGer hat gesagt, dass eine solche Rückwirkung auch bei der Abänderung eines Scheidungsurteils bei Kindern gilt.8. Dann würde es sich nicht um eine Abänderung eines Scheidungsurteils handeln. Die Eltern hätten dann vermutlich eine Unterhaltsvereinbarung getroffen. Es wäre dann eine Unterhaltsklage des Kindes im vereinfachten Verfahren nach Art. 295 ZPO zu erheben. Zuerst müsste aber ein Schlichtungsverfahren stattfinden, da keine Ausnahme gemäss Art. 198 ff. ZPO vorliegt.9. Der qualifizierte Untersuchungsgrundsatz und die Officialmaxime. Das Gericht muss den Sachverhalt erforschen.10. Es gibt den Untersuchungsgrundsatz und den Verhandlungsgrundsatz.11. Das Gericht ist nicht an die Anträge gebunden bzw. die Parteien legen den Streitgegenstand fest.12. Das Kind kann selbständig seine Rechte und Pflichten wahrnehmen. Die Frage stellt sich, ob es dann immer noch um die Kinderbelange gehen würde oder ob eine normale Leistungsklage anzuheben wäre. Das BGer hat bisher immer angenommen, dass dies Kinderbelange sind. Nun hat es aber eine Analogie zur Verwandtenunterstützungspflicht gezogen.13. Das Kind muss dies einklagen. Sobald das Kind volljährig ist, muss es dies selber einklagen, die Mutter kann dies nicht mehr in eigenem Recht einklagen.14. Wenn die Mutter auch nicht genügend Mittel hat, dann müsste der Vater einspringen. Ich würde ein Prozesskostenvorschussgesuch kombiniert mit einem Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege stellen. Gesuch um PKV, evtl. UR-Gesuch.

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

--	--	--	--

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Dzamko	<p>Ich werde Ihnen ein paar Fragen gestützt auf Fälle stellen, soweit nichts anderes verlangt sind jene gestützt auf das bernische StG zu lösen.</p> <ol style="list-style-type: none">1. Wir sind bei der Einkommenssteuer. Wie kommt man vom Roheinkommen zum Reineinkommen?2. Sind Aufwendungen organische oder anorganische Abzüge?3. Sind alle allgemeinen Abzüge anorganisch, z.B. die AHV-Beiträge und Beiträge der 2. Säule?4. Was bedeutet organisch?5. Kommen wir zum ersten Sachverhalt: X ist Nationalrat und hat für den Wahlkampf CHF 50'000.- aus eigenen Mitteln aufgewendet. Er wurde wiedergewählt und möchte nun diese Ausgaben steuerlich geltend machen. Unter welchem Titel kann er dies tun?6. Würde sich Ihre Beurteilung ändern, wenn es sich um eine Erstwahl als Nationalrat handeln würde?7. Kommen wir zum zweiten SV: Die Immo AG mit Sitz in Bern erleidet im Jahr 2013 einen Verlust von CHF 100'000.-. Kann sie diesen steuerlich geltend machen?8. Als Ergänzung zum SV: im Jahr 2013 erleidet sie einen Verlust von CHF 100'000.-, im Jahr 2014 erzielt sie dann einen Gewinn von CHF 600'000.-.9. Als Ergänzung zum SV: wie verhält es sich wenn der Verlust im Jahr 2007 erfolgte, dann jedes Jahr 0.- war und der Gewinn von CHF 600'000.- im Jahr 2014 erfolgte?10. Als Ergänzung zum SV: wie ist es wenn man die Periode von 2007 bis 2014 betrachtet und als Besonderheit bei den Geschäftsjahren aus handelsrechtlichen Gründen im Jahr 2008 kein Abschluss per Ende Jahr erfolgte, sondern von 1.1.08 bis 31.5.09 ein Langjahr eingelegt wurde und dann wieder ein Kurziahr bis Ende 2009.	<ol style="list-style-type: none">1. Dies ist in Art. 19 ff. StG geregelt. Grundsätzlich sind alle wiederkehrenden und einmaligen Einkünfte der Einkommenssteuer unterstellt. Es erfolgt eine Aufteilung in unselbständige und selbständige Erwerbstätigkeit, in Einkommen aus beweglichem und unbeweglichem Vermögen. Dies stellt das Roheinkommen dar. Davon werden Abzüge gemacht. Die Aufwendungen und allgemeinen Abzüge sind in Art. 30 StG geregelt. Es gibt organische und anorganische Abzüge.2. Aufwendungen sind organische Abzüge.3. Die sozialversicherungsrechtlichen Abzüge sind keine organischen Abzüge. Organische Abzüge müssen direkt mit der Einkommenserzielung verbunden sein. AHV und PK-Beiträge werden schon vor der steuerlichen Beurteilung abgezogen.4. Das dies direkt mit der Einkommenserzielung in Zusammenhang steht, z.B. Berufskosten wie Reiseweg und Verpflegung.5. Wenn man davon ausgeht, dass er in einem Anstellungsverhältnis steht als Nationalrat, ist zu prüfen, ob dies unter Berufskosten fällt. Dies wäre der Fall, wenn es zwingend für die Ausübung des Berufs notwendig wäre. Hier handelt es sich nicht um Kosten, um eine Tätigkeit zu erlangen. Solche Kosten, wie z.B. die Anreise an ein Vorstellungsgespräch, wären nicht abziehbar. Es handelt sich aber auch nicht um eine Aus- oder Weiterbildung. Diese sind folglich nicht abziehbar.6. Nein, wenn schon die Kosten für die Wiederwahl nicht abziehbar sind, dann erst recht nicht jene für die Erstwahl.7. Der Gewinn für das Jahr 2013 beträgt 0.- CHF. Für die nächsten 7 Jahre kann die AG gestützt auf Art. 93 Abs. 1 StG einen Verlustvortrag vornehmen. Da sie mit Immobilien handelt muss sie wohl keine Grundstückgewinnsteuer zahlen, ansonsten könnte sie sich dies dort anrechnen lassen.8. Sie kann im Jahr 2014 die CHF 100'000.- Verlust vom Gewinn von CHF 600'000.- abziehen, womit der steuerbare Gewinn nur noch CHF 500'000.- beträgt.9. Dies ist noch rechtzeitig, man ist weiterhin zum Abzug berechtigt (während 7 Jahren).10. Es muss sich um 7 Geschäftsjahre handeln. Die Steuerperiode berechnet sich gemäss Art. 107 Abs. 2 StG nach dem Geschäftsjahr.

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

vorgegangen. Wie fällt Ihre Beurteilung für die Verlustverrechnung aus?

11. Ändert Art. 107 Abs. 3 StG etwas an Ihrer Beurteilung? Was müssen Sie dabei immer prüfen?

12. Was geschieht, wenn es handelsrechtswidrig wäre?
Die Steuerrekurskommission ist hier anderer Auffassung. Sie hat gesagt, man muss für 2008 steuerlich einen Abschluss machen und die handelsrechtlichen Abschlüsse für 2009 berücksichtigen. Der Fall ist nun vor Verwaltungsgericht.

11. Das Jahr 2008 ist nicht mehr das Gründungsjahr, daher ist dies steuerlich nicht zulässig. Zuerst ist immer zu prüfen, ob das Vorgehen handelsrechtlich zulässig ist. Dies besagt der Massgeblichkeitsgrundsatz. In casu war das Vorgehen wohl zulässig.

12. Dann würde die Steuerbehörde die Berechnung korrigieren.
Als zweites ist die steuerliche Betrachtung zu prüfen. Hier würde die Steuerbehörde einen Steuerabschluss per 2008 erstellen und dann einen für 2009. Den Abschluss von 31.5.09 würde sie ausblenden. (nicht sicher, ob Antwort richtig erfasst).

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

Datum: Do. 15.12.16 Uhrzeit: 8:00 Zimmernummer: 20

--	--	--	--